



Landtag Mecklenburg-Vorpommern

3. Sitzung (Dringlichkeitssitzung)

4. Wahlperiode

Mittwoch, 6. November 2002, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Präsidentin Sylvia Bretschneider und Vizepräsidentin Renate Holznagel

Inhalt

Feststellung der Tagesordnung 18

**Wirtschaftskraft im Ostseeraum stärken –
Interessen von Mecklenburg-Vorpommern
beim Verkauf der Geschäftsanteile
an Scandlines durchsetzen**..... 18

Antrag der Fraktion der CDU:
**Verkauf von Anteilen der Scandlines AG
an das Dänische Transportministerium**
– Drucksache 4/18 –..... 18

Antrag der Fraktionen der SPD und PDS:
Scandlines AG
– Drucksache 4/20 –..... 18

Eckhardt Rehberg, CDU 18

Minister Dr. Otto Ebnet..... 19

Jochen Schulte, SPD..... 21

Angelika Gramkow, PDS 22

Dr. Ulrich Born, CDU 23

Regine Lück, PDS..... 25

Beschluss 27

Nächste Sitzung

Mittwoch, 11. Dezember 2002 27

Beginn: 14.02 Uhr

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 3. Sitzung des Landtages. Die Fraktion der CDU hat gemäß Paragraph 72 Absatz 4 unserer Geschäftsordnung die heutige Dringlichkeitssitzung beantragt. Ich stelle fest, dass der Landtag ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Die Sitzung ist eröffnet. Die vorläufige Tagesordnung der 3. Sitzung liegt Ihnen vor. Wird der vorläufigen Tagesordnung widersprochen? – Das ist nicht der Fall. Damit gilt die Tagesordnung der 3. Sitzung gemäß Paragraph 73 Absatz 3 unserer Geschäftsordnung als festgestellt.

Ich rufe auf den **einzigsten Tagesordnungspunkt:** Wirtschaftskraft im Ostseeraum stärken – Interessen von Mecklenburg-Vorpommern beim Verkauf der Geschäftsanteile an Scandlines durchsetzen. Hierzu liegen Ihnen ein Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/18 sowie ein Antrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 4/20 vor.

**Wirtschaftskraft im Ostseeraum stärken –
Interessen von Mecklenburg-Vorpommern
beim Verkauf der Geschäftsanteile
an Scandlines durchsetzen**

**Antrag der Fraktion der CDU:
Verkauf von Anteilen der Scandlines AG
an das Dänische Transportministerium
– Drucksache 4/18 –**

**Antrag der Fraktionen der SPD und PDS:
Scandlines AG
– Drucksache 4/20 –**

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 180 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch dazu, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Abgeordnete der CDU-Fraktion Herr Rehberg.

Eckhardt Rehberg, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Die Dimension der Thematik, die uns zur heutigen Sondersitzung zusammenkommen lässt, ist von derartiger Wichtigkeit für das Land Mecklenburg-Vorpommern, dass ich es sehr bedauere, dass wir nicht schon in der vergangenen Woche einen entsprechenden Termin finden konnten.

An Aktualität und Notwendigkeit zum Handeln hat sich allerdings bis heute nichts, aber auch gar nichts geändert, wenn man Pressemitteilungen und Verlautbarungen aus dem Dänischen Transportministerium trauen darf, und ich zitiere: „Die deutsch-dänische Reederei Scandlines AG soll im Februar ganz in dänische Hände übergehen“, wie der zuständige Sprecher von Dänemarks Verkehrsministerium laut dpa in Kopenhagen am Mittwoch, dem 30. Oktober 2002, mitteilte. Wortzitat des Pressesprechers: „Wir setzen jetzt aber seriös darauf, alle Aktien zu übernehmen.“ Und weiter: „Der Hauptsitz soll nach dem Kauf aller DB-Aktien durch die dänische Regierung voraussichtlich von Rostock nach Dänemark verlegt werden.“

Meine Damen und Herren, wie kommt der Pressesprecher eines Ministeriums in Kopenhagen zu solch einer Aussage? Wie kommt es dazu, dass offenkundig Gespräche sehr weit gediehen sind und dass die Dänen ganz offenkundig nur noch von einer Option ausgehen? Und diese Option heißt: Wir kaufen und die Deutsche Bahn

AG, sprich die Bundesrepublik Deutschland, verkauft ihre Anteile an uns.

Mancher mag meinen, dass der Verkauf von Unternehmensanteilen zum alltäglichen Geschäft gehört. Das mag zwischen Privatunternehmen durchaus so sein, aber, meine Damen und Herren, Fährverbindungen, das ist Verkehrsinfrastruktur, Fährverbindungen, das sind die Autobahnen auf dem Wasser. Wenn es dann noch um Fährverbindungen geht in einem Raum wie dem Ostseeraum, dem das größte Zukunftspotential in den nächsten zwei bis drei Jahrzehnten vorausgesagt wird, dann muss man sich fragen, welche Interessen werden hier für das Land Mecklenburg-Vorpommern wahrgenommen. Dies muss man sich ganz ernsthaft fragen.

Und, Herr Wirtschaftsminister, wenn sich dann die CDU-Fraktion entschließt, eine Landtagsondersitzung einzuberufen, weil einmal ganz offenkundig in der Zeit Eile geboten ist und zum anderen die Ausschüsse leider noch nicht konstituiert sind, dann ist das kein Tamtam. Wenn Sie die Problematik und die Diskussion darüber, wie unsere Interessen im zukünftigen Ostseeraum wahrgenommen werden, als Tamtam bezeichnen, wie Sie das vor einigen Tagen in der Presse gemacht haben, dann bin ich schon hoch gespannt, Herr Ebnet, was Sie uns nachher verkünden werden, was Sie in den letzten Monaten – denn die Debatte um Scandlines AG wurde nicht erst in den letzten Tagen geführt – getan haben, damit die Interessen von Mecklenburg-Vorpommern, die nicht unbedingt die gleichen sind wie die Interessen in Dänemark, wie die Interessen in Hamburg, wie die Interessen in Schleswig-Holstein, damit unsere Interessen wahrgenommen werden. Darauf bin ich sehr gespannt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, kurz zur Historie: 1998 ist die Scandlines AG entstanden aus der Deutschen Fährgesellschaft Ostsee GmbH und der dänischen Scandlines. Je 50 Prozent der Anteile werden von beiden Seiten gehalten. Jeder, der sich ein bisschen mit Unternehmensführung auskennt, der weiß, dass das eine etwas komplizierte Situation ist. Aber Scandlines ist nicht irgendeine Reederei, Scandlines ist die marktbeherrschende Reederei im Ostseeraum. Sie gehört zu den weltweit größten Reedereien, sie dominiert den Fährverkehr im Ostseeraum. Deswegen muss man in diesem Unternehmen ein sensibles Gleichgewicht herstellen, ein Gleichgewicht, das eben nur aufgrund der ausgewogenen Geschäftsstruktur bei Scandlines bis heute aufrechtzuerhalten war. Es gibt hier hoch profitable Linien wie die Vogelfluglinie von Puttgarden nach Rødby und es gibt defizitäre Linien, heute noch defizitäre Linien wie zum Beispiel die Verbindung von Rostock nach Gedser oder des dänischen Inlandsverkehrs.

Aber wer hier nur im Augenblick denkt und nicht ein, zwei, drei Jahrzehnte vorwegdenkt, das heißt, wer hier nur rein fiskalisch denkt, meine sehr verehrten Damen und Herren, dem muss ich ein Zitat Ihrer SPD-Bundestagskolegin Frau Lucyga aus Rostock vorhalten, die am 23. Oktober Folgendes gesagt hat: „Den Eindruck, dass die Bahn mit dem Erlös kurzfristig Finanzlöcher stopfen wolle, unterstrich Dr. Christine Lucyga (SPD)“. Wortzitat: „Es macht aber keinen Sinn, die Kuh, die mir heute Milch gibt, zu verkaufen, um mir morgen die Milch woanders zu holen“. „Auch würde mit dem Verkauf an die Dänen ein Monopolist im Fährverkehr entstehen.“ Wieder Wortzitat:

„Das kann nicht unser Anliegen sein“, meine Damen und Herren. Zitatende.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Dr. Ulrich Born, CDU: Sehr wahr. –
Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Für die Deutsche Bahn AG ist deren Intention vielleicht noch zu erklären, weil der Fährverkehr nicht zum Kerngeschäft gehört. Aber was haben die Dänen für ein Interesse – und das ist das entscheidende Moment –, hier durch den Kauf der Scandlines-Anteile ein Monopol zu erreichen? Kurzfristig betrachtet mag man sagen, es geht hier insgesamt um 1.100 Arbeitsplätze auf deutscher Seite, mindestens noch mal die gleiche Zahl im Dienstleistungs- und Zulieferbereich. Aber dies würde den Dänen eine Monopolstellung im Fährverkehr im Ostseeraum beschreiben. Das heißt, sie könnten die heute etwas defizitären Linien von Rostock abgehend auf die Vogelfluglinie umleiten – das wäre der erste Schritt –, um, und das ist jetzt das entscheidende Moment, ein Preisdiktat möglicherweise zu erreichen und die feste Fehmarnbeltquerung – und wenn ich das richtig in Erinnerung habe, Herr Minister Ebnet, Sie haben sich ja massiv dagegen ausgesprochen – mit so einem betriebswirtschaftlichen Mengengerüst zu versehen, dass es sich privat finanziert rechnen lässt. Übrigens, ich bin auch gespannt, ob Sie uns erläutern, ob es zutrifft, dass es schon Zusagen der Bundesregierung gibt, hier bei der festen Fehmarnbeltquerung mitzufinanzieren, und inwieweit schon Prozentanteile der Europäischen Union fest dabei eingeplant sind, wie man Presseveröffentlichungen entnehmen konnte.

Meine Damen und Herren, wenn es den Dänen gelingt nachzuweisen, dass sich die feste Fehmarnbeltquerung rechnet, dann muss ich Sie fragen, Herr Ministerpräsident und Herr Wirtschaftsminister Ebnet: Gehen Sie dann im Ernst davon aus, dass die 160.000 Waggons, die heute von Rostock-Warnemünde, von Saßnitz abgehen, noch weiter von dort abgehen? Oder: Kennen Sie möglicherweise die Vorverträge der Deutschen Bahn AG mit einem mengenunabhängigen Rabatt, das heißt, ob sie große oder kleine Mengen schicken werden zum gleichen Preis? Was wird hier eigentlich gespielt in diesem Segment, in diesem Bereich?! Übrigens, nach dem Wegfall des Duty-free-Handels, etwa 30 Prozent des Gesamtumsatzes bei Scandlines, machen die 160.000 Waggons 30 Prozent der Grundauslastung auf dieser Fährlinie von Rostock abgehend aus. Das heißt, wir reden hier nicht über Peanuts, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Wenn jetzt diese Schritte Wirklichkeit werden, dann frage ich mich ganz besorgt, wo sind unsere Interessen gewahrt. Und ich möchte heute auch von Ihnen wissen: Wie wahren Sie unsere Interessen gegenüber anderen Landesregierungen, Schleswig-Holstein? Wie wahren Sie unsere Interessen gegenüber den gemeinsamen Interessen der dänischen Staatsbahn und der schwedischen Privatbahn?

Und ein Nächstes, glaube ich, müssen Sie uns auch darlegen: Wir haben insgesamt verbaut in Rostock etwa 133 Millionen Euro, in Mukran rund 90 Millionen Euro an öffentlichen Geldern für Hafeninfrastruktur, weil wir – und das ist, glaube ich, politische Übereinstimmung in diesem Landtag – es als wichtig und richtig ansehen, dass die öffentliche Hand bei der Infrastruktur in Vorleistung geht, damit wir die Verkehrsströme durch Mecklenburg-Vorpommern nach Skandinavien lenken können. Dies mag

alles ein Schreckensszenario sein, aber ich frage mich ganz besorgt, warum sind die Dänen so daran interessiert, diese Anteile so zu übernehmen, und warum äußert sich ein Sprecher so. Ich glaube, wir tun alle miteinander gut daran, dass es hier nicht zu Strukturen kommt, meine Damen und Herren, die uns ins verkehrspolitische Abseits befördern.

Und ein weiteres Moment will ich Ihnen aufzeigen. Aller Voraussicht nach wird im Jahr 2005 die Autobahn von Prag nach Stettin fertig sein. Stettin, dort entsteht eine durchaus moderne Hafeninfrastruktur, übrigens auch mit europäischen Mitteln, das ist überhaupt nicht zu kritisieren, das ist nur festzustellen. Und weiterhin wird es sicher noch über Jahre so sein, dass die Lohnkosten in Stettin deutlich niedriger sein werden als in unseren Häfen. Das heißt, ich habe die große Sorge, dass wir in ein verkehrspolitisches Loch fallen. Das heißt auf der einen Seite sehr günstige und kurze Verbindungen über Land nach Stettin und auf der anderen Seite eine Fährlinie Puttgarden-Rødby, hoch profitabel, als Vorstufe für die feste Fehmarnbeltquerung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben Ihnen einen Antrag auf den Tisch gelegt, Sie haben einen von Ihrer Seite dem Hohen Haus vorgelegt. Für uns ist nicht die Deutsche Bahn AG der Ansprechpartner. Der 100-prozentige Eigentümer der Deutschen Bahn AG ist die Bundesrepublik Deutschland. Und der Bundeskanzler heißt Gerhard Schröder (SPD), der Bundesverkehrsminister heißt Stolpe und wir haben jetzt einen Staatssekretär aus diesem Land, Herrn Braune. Und ich erwarte von Ihnen, Herr Ministerpräsident, und von Ihnen, Herr Minister Ebnet, dass Sie sich mit diesen Herren schnellstmöglich in Verbindung setzen und dass Sie wirklich dafür sorgen, dass die Interessen des Landes Mecklenburg-Vorpommern hier gewahrt werden. Und die Interessen können nicht sein, ich sage Ihnen das ganz klar und deutlich, dass Anteile nach Dänemark verkauft werden, dass die unternehmerische Führung in dänische Hand kommt. Die unternehmerische Führung muss in deutscher Hand bleiben, damit unsere Interessen gewahrt werden. Ich will Ihnen eines sagen: Das ist die Nagelprobe, ob Sie es wirklich ernst meinen, sich für dieses Land zu engagieren. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Das Wort hat jetzt der Wirtschaftsminister des Landes Herr Dr. Ebnet.

Minister Dr. Otto Ebnet: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Herr Rehberg, jetzt weiß ich wirklich nicht mehr, warum Sie die Sondersitzung beantragt haben und warum das alles so dringend gewesen ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Dass die Fehmarnbeltquerung gebaut werden soll oder in der Planung ist oder beabsichtigt ist oder auch nicht beabsichtigt ist, das ist ein Thema, das hätte auch noch ein paar Tage Zeit gehabt, um hier im Landtag behandelt zu werden. Duty free ist auch schon länger abgeschafft, und die Autobahn nach Stettin, das wissen wir auch schon seit einiger Zeit.

Die große Dringlichkeit ist nach wie vor nicht zu verstehen, es sei denn, Herr Rehberg, Sie wären Ende Oktober der Meinung gewesen, hier würde ganz schnell was pas-

sieren und hier würde etwas geschehen, was nicht wieder zurückgeholt werden kann. Das mag Ihre persönliche Befürchtung gewesen sein – über die Presse haben Sie so was Ähnliches geäußert –, aber wie das mit Ihren Befürchtungen so ist, die Realität ist normalerweise eine andere, auch diesmal war es eine andere.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der PDS)

Es ist am 28. Oktober 2002, als Herr Mehdorn in Dänemark war, genau das nicht passiert, was Sie vorausgesagt haben.

Meine Damen und Herren, das Unternehmen Scandlines hatte in den letzten zehn Jahren eine bewegte Geschichte. Die Belegschaft musste sich immer wieder Sorgen machen, was mit dem Unternehmen in Zukunft geschieht. Das ist auf Dauer nicht zumutbar für die Menschen und es wird endlich Zeit für Klarheit und eine dauerhafte Lösung für Scandlines.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD, Angelika Gramkow, PDS, und Gabriele Schulz, PDS)

Ich denke, wir sind uns hier im Landtag alle einig, die Arbeitsplätze in Mecklenburg-Vorpommern müssen erhalten werden und Rostock muss Firmensitz bleiben.

Meine Damen und Herren, worum geht es jetzt bei Scandlines? Dazu ein kurzer Rückblick: Am 21. Juli 1998 – damals war noch Helmut Kohl (CDU)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

in Bonn Bundeskanzler und damals hieß der Bahnchef Ludewig (CDU) –, am 21. Juli 1998 wurde die Scandlines AG gegründet, eine Fusion der Deutschen Fährgesellschaft Ostsee, zu 100 Prozent im Besitz der DB AG, mit der dänischen Scandlines AS. Verwaltungssitz der Scandlines AG wurde Rostock-Warnemünde.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das war gut.)

Die Vereinbarung der Partner sah vor, dass je 50 Prozent der Unternehmensanteile die DB AG

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

und das Dänische Transportministerium übernehmen.

Diese Pattsituation hat sich nun in der Realität als Problem erwiesen, denn die Zusammenarbeit der Partner klappt nicht reibungslos. Bahnchef Mehdorn sagt, er hätte die Verträge, die noch unter seinem Vorgänger Ludewig geschlossen wurden, so nicht unterschrieben.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das glaubt er.)

Die gute Marktposition von Scandlines sollte eigentlich eine gute Basis für das deutsch-dänische Unternehmen sein, möchte man meinen. Doch die Scandlines-Gesellschafter, DB AG und das Dänische Transportministerium, sind sich nicht einig, was die Führung des Unternehmens oder strategische Entwicklungsfragen angeht. Dementsprechend kompliziert verlaufen auch die im September 2001, also vor über einem Jahr, begonnenen Verhandlungen über eine Neuordnung des Unternehmens. Das Problem existiert schon seit Jahren und die Landesregierung ist seit Jahren mit der Deutschen Bahn AG darüber intensiv und dauernd im Gespräch. Scandlines war und ist ein Dauerthema, ein Thema, das nun auch die CDU entdeckt hat.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

Und ich frage mich, warum erst jetzt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Es muss eine Lösung gefunden werden, denn die gegenwärtige Hängepartie ist nicht gut für die Beschäftigten und sie ist auch nicht gut für das Unternehmen.

Meine Damen und Herren, momentan sind vier Lösungsansätze im Gespräch:

Erstens. Das Unternehmen wird auf der Basis der bestehenden 50:50-Beteiligung funktionsfähig gemacht. Ich denke, das könnte eine Lösung sein, wenn man es hinkommt.

Zweitens. Die Bahn übernimmt die Anteile des dänischen Staates. Ich meine, damit könnten wir auch sehr einverstanden sein.

Drittens. Das Unternehmen wird wieder getrennt. Doch davon ist die Bahn wieder abgerückt, da sie hier rechtliche und wirtschaftliche Probleme sieht.

Und viertens. Die Deutsche Bahn AG verkauft ihre Anteile an den dänischen Staat. Meine Damen und Herren, da sind wir entschieden dagegen, weil wir befürchten, dass dann Arbeit von Rostock nach Kopenhagen verlagert wird. Und wir brauchen jeden Arbeitsplatz im Land.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Im Übrigen, Herr Rehberg, bestreitet Herr Mehdorn, dass bereits unterschiftsreife Verträge für einen Verkauf der DB-AG-Anteile an Scandlines vorliegen würden, wie Sie das behauptet haben. Ich meine, Herr Mehdorn muss es eigentlich wissen.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Und hilfreich ist es auch nicht für das Unternehmen Scandlines, wenn hier immer Angstszensarien in die Welt gesetzt werden.

Meine Damen und Herren, es geht bei Scandlines um die Zukunft eines für uns bedeutenden Unternehmens und um die Zukunft der Beschäftigten. Deshalb wäre es sinnvoll, mit dem Thema in der Öffentlichkeit behutsam umzugehen, um nicht den Interessen von Scandlines und den Beschäftigten zu schaden. Leider, Herr Rehberg, haben Sie in der Vergangenheit wieder wie der berühmte Elefant im Porzellanladen gepoltert.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Wir sollten aufpassen! Elefanten im Porzellanladen hinterlassen gewöhnlich einen Scherbenhaufen. Aber einen Scherbenhaufen als Ergebnis können wir wirklich nicht brauchen. Wir wollen, dass die 614 Arbeitsplätze in Mecklenburg-Vorpommern – 614, nicht 2.000, nicht 1.100, wie Sie gesagt haben, Herr Rehberg –, dass die 614 Arbeitsplätze in Mecklenburg-Vorpommern erhalten bleiben und dass Rostock Firmensitz bleibt. Um das zu erreichen, ist es notwendig, an diesem Ziel konsequent zu arbeiten.

Das hat die Landesregierung in der Vergangenheit getan und das tun wir weiterhin. Wir sind dauernd – und ich wiederhole –, dauernd im Gespräch mit der Bahn und der Bundesregierung. Am letzten Freitag erst fand ein Gespräch statt: Ministerpräsident, Wirtschaftsminister, Herr Mehdorn. Wir sind dauernd im Gespräch mit der Bahn und der Bundesregierung und setzen uns für den

Standort Rostock-Warnemünde und die Arbeitsplätze im Land ein. Es gibt hier kein Defizit in der Landespolitik, es gibt allenfalls ein Informationsdefizit der CDU.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS – Wolfgang Riemann, CDU:

Es gibt aber auch kein Ergebnis des Regierungshandelns. – Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und PDS – Volker Schlotmann, SPD: Herr Riemann ist wieder da. – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Meine Damen und Herren, den Beschäftigten bei Scandlines in Rostock hilft kein öffentliches Getöse und, Herr Riemann, auch kein Getöse von Ihnen hier im Landtag. Die Beschäftigten bei Scandlines brauchen eine dauerhafte Lösung für ihr Unternehmen,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

die Klarheit schafft und Arbeitsplätze in Mecklenburg-Vorpommern sichert. Und dafür wird sich die Landesregierung weiter mit aller Kraft einsetzen. – Danke sehr.

(Beifall bei SPD und PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Schulte von der SPD-Fraktion.

Jochen Schulte, SPD: Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Sehr geehrter Herr Rehberg! Sie haben eingangs Ihrer Rede die Frage gestellt, warum sich der Sprecher des DTM dazu äußert, dass das Dänische Transportministerium tatsächlich die 50-Prozent-Anteile der Deutschen Bahn AG an Scandlines übernehmen will. Da kann ich Ihnen oder die SPD-Fraktion kann Ihnen da nur empfehlen, Herrn Birch zu fragen. Da sind wir hier heute nicht an der richtigen Stelle.

Ich kann Ihnen aber, weil Sie ja so gerne zitieren, auch ein Zitat geben, und zwar das von Herrn Mehdorn, gleichfalls vom 30.10.2002, also unmittelbar folgend auf das, was Sie eben genannt haben. Und darin heißt es in der Presseinformation der Deutschen Bahn AG: „Mit großem Befremden hat die Deutsche Bahn die öffentliche Äußerung des dänischen Gesellschafters zur Kenntnis genommen, den deutschen Anteil der Scandlines übernehmen zu wollen.“ Richtig ist, dass die Gesellschafter über Möglichkeiten einer Verbesserung der unternehmerischen Führung gesprochen haben. Im Grunde hätte sich mit diesem Zitat der Deutschen Bahn AG die ganze Sondersitzung am heutigen Tage erübrigt

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU, und Eckhardt Rehberg, CDU)

und wir könnten wahrscheinlich etwas Sinnvolleres tun, als uns hier heute darüber zu unterhalten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Dr. Armin Jäger, CDU: Das sehen die Arbeitnehmer aber anders.)

Da kommen wir noch zu.

(Heiterkeit bei Volker Schlotmann, SPD – Heinz Müller, SPD: Sehr gut.)

Haben Sie keine Angst! Ich spreche auch über die Arbeitnehmer noch. Also das ist ja bei einem SPD-Abgeordneten wahrscheinlich auch nicht so verwunderlich. Das ist eher eine Frage bei Ihnen, vielleicht.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nö.)

Mecklenburg-Vorpommern ist gerade aufgrund der erfolgreichen Bemühungen der Landesregierung in den vergangenen Jahren immer weiter aus seiner Randlage in eine zentrale Rolle als Bindeglied zwischen dem Ostseeraum und Mitteleuropa hineingewachsen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Das sehen die Arbeitslosen im Land auch anders.)

Ja, aber vielleicht wäre es ja noch schlimmer mit der Arbeitslosenquote, wenn Sie weiterregiert hätten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU – Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU: Jaja.)

Gerade der Ostseeraum, meine Damen und Herren, gerade der Ostseeraum entwickelt sich durch die Integration der Beitrittskandidaten in die Europäische Union zu einem EU-Binnenmeer. Und das muss man deutlich mal sehen,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

dieser Wirtschaftsraum hat einen potentiellen Binnenmarkt von 70 Millionen Menschen. Und das ist natürlich auch ein Entwicklungspotential, gerade hier für dieses Land, das sich zu einer Drehscheibe in diesem Verkehrsbereich entwickelt. Das ist eine Chance, die die Landesregierung unter der SPD-Führung sicherlich weiterhin auch nicht vergeben wird. Sie wird alles tun, um die entsprechenden Investitionen, die auch von Ihnen hier angesprochen worden sind und die auch sinnvoll waren, weiter zu verstärken, um den Menschen hier – und da kommen wir auch schon auf die Arbeitsplätze – tatsächlich die Chance zu geben, hier im Land Arbeit zu finden.

In diesem Zusammenhang muss man natürlich deutlich sehen, dass die Fährreedereien – gerade was Sie ja auch angesprochen haben, Autobahnen über die Ostsee – eine nicht unbedeutende Rolle in der ganzen Angelegenheit und damit auch eine wichtige Rolle für die weitere wirtschaftliche Entwicklung dieses Landes spielen. Das billige ich Ihnen ja auch gerne zu oder die SPD billigt Ihnen das ja auch gerne zu, dass Sie das auch so sehen und dass Ihnen das auch bewusst ist. Und das ist ja wohl auch der Grund dafür, dass Sie den Wunsch verspürt haben, heute eine Sondersitzung des Landtages zu beantragen. Aber die Frage, die sich dann stellt, ist doch ganz einfach: Muss man wirklich jedem Wunsch nachgeben, der einen überkommt?

(Zurufe von Martin Brick, CDU, und Dr. Armin Jäger, CDU)

Natürlich ist es richtig – ich kann hier auch ein Horrorszenario aufbauen –, dass mit einer Umstrukturierung der Gesellschafterverhältnisse wesentliche Veränderungen in der strategischen Ausrichtung von Scandlines verbunden sein können. Das ist bei Fährreedereien nicht anders als bei anderen Unternehmen auch. Wenn ich dort einen Gesellschafterwechsel habe, dann kann ich auch Veränderungen in der Unternehmenskultur haben und in der Unternehmensstruktur. Selbstverständlich ist es richtig, dass eine mögliche andere strategische Ausrichtung von Scandlines nach einem Gesellschafterwechsel dann auch zu einer Beeinträchtigung der Fahrstandorte und der Beschäftigungsverhältnisse hier führen kann. Das sind alles Eventu-

alitäten, die man grundsätzlich nie ausschließen kann. Ich kann Ihnen auch heute nicht sagen, wie das in zehn Jahren mit Scandlines aussehen wird. Das werden Sie auch nicht sagen können.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Natürlich ist es auch so, dass aus einem Verkauf der Gesellschaftsanteile der DB an Scandlines an das DTM Szenarien zu entwickeln sind – Sie haben das hier angesprochen, Rødby–Puttgarden, Fehmarnbeltquerung, ich will das nicht noch mal wiederholen –, die nicht mit den Interessen dieses Landes korrespondieren. Aber um noch mal auf die Eingangsfrage zurückzukommen: Muss man jedem seiner Wünsche nachgeben? Gerade wenn man das so sieht, wenn man diese Befürchtungen hier so hat, dann ist es doch nicht Sinn der Sache, das in der Öffentlichkeit breitzutreten, im Grunde den Gesellschaftern in den Rücken zu fallen, Gespräche zwischen den Gesellschaftern zu konterkarieren, sondern dann sollte man doch tatsächlich vielleicht mal überlegen, ob man an der einen Stelle die Medienwirksamkeit etwas zurücknimmt

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

und stattdessen diejenigen, die mit der Arbeit dort auch verbunden sind, arbeiten lässt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Und das genau ist es, was die Landesregierung unter Ministerpräsident Harald Ringstorff und mit dem Wirtschaftsminister Ebnet tut. Und das ist es auch – und da kommen wir auch wieder zu den Beschäftigten hier in diesem Land, und das sind nicht nur die Beschäftigten, sondern auch die Familienangehörigen und alles, was da mit dranhängt –, das ist es, was die Beschäftigten in diesem Land tatsächlich zu Recht erwarten.

Alles andere und somit insbesondere Ihr Verhalten, Herr Rehberg, in der Vergangenheit, das immer wieder in die Medien zu ziehen,

(Harry Glawe, CDU: Ja, ja.)

ist im Endeffekt nichts weiter als kontraproduktiv sowohl gegenüber den Unternehmen als auch gegenüber den Beschäftigten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –

Dr. Armin Jäger, CDU: Wir können ja die Zensur wieder einführen. – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Und dass das nicht nur ich so sehe oder dass das nicht nur die SPD-Fraktion so sieht, das können Sie auch dann erfahren, wenn Sie sich tatsächlich mal mit den Vertretern der Beschäftigten unterhalten. Ich kann da auch nur auf eine Mitteilung der Gewerkschaft TRANSNET verweisen. Da sagt der Gewerkschaftsvorsitzende Norbert Hansen, insbesondere der öffentlich ausgetragene Streit zwischen den beiden Anteilseignern muss ein Ende haben.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Ich möchte das noch einmal verdeutlichen, damit Sie auch richtig zuhören: der öffentlich ausgetragene Streit!

(Dr. Ulrich Born, CDU,

und Dr. Armin Jäger, CDU:
Zwischen den Anteilseignern.)

Und wenn Sie sich hier im Land hinstellen und tatsächlich dann das vorhaben,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

dass Sie das weiterhin vorantreiben, dann kommt das sicherlich nicht dem Unternehmen zugute. Das nützt auch nichts, wenn Sie dadurch, dass Sie hier Zwischenrufe versuchen und machen, mich an meiner Rede hindern wollen. Das schaffen Sie ohnehin nicht. Ich bin Fraktionsvorsitzender der Rostocker SPD und habe da mit ganz anderen Verhältnissen zu tun.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten
der CDU und Heinz Müller, SPD –
Eckhardt Rehberg, CDU: Mein Gott noch
mal! – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Die SPD-Landtagsfraktion begrüßt in diesem Zusammenhang – das muss ich ausdrücklich noch mal wiederholen –, dass die gemeinsamen Bemühungen der Landesregierung und der Bundesregierung zur Sicherung des Firmenstandortes und der Arbeitsplätze bereits erfolgt sind.

Ich will nicht alles wiederholen, was der Wirtschaftsminister eben angesprochen hat, ich möchte nur – kommen wir wieder zu den Zitaten – eine Presseerklärung der Deutschen Bahn auch vom 30.10. diesen Jahres zitieren, das ist bei Ihnen vielleicht noch nicht angekommen: „Ziel der Deutschen Bahn“ ist es, „den Verlust von Arbeitsplätzen zu vermeiden sowie den Standort Rostock ... zu sichern.“ Dass sich der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bahn AG so deutlich positioniert in dieser ganzen Angelegenheit, ist gerade schon ein Erfolg der Bemühungen des Wirtschaftsministers und der gesamten Landesregierung.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Und dann kommen wir auch zu dem Punkt, den Sie eben angesprochen haben.

(Reinhard Dankert, SPD: Da
freut sich sogar die CDU drüber.)

Gut, ab und zu muss man auch etwas zur Freude haben.

Aber, meine Damen und Herren, Ziel der SPD ist es natürlich darüber hinaus, dass nicht nur hier der Standort gesichert wird und dass die Arbeitsplätze hier gehalten werden. Ziel ist es natürlich auch, und in dem einen Punkt gebe ich Ihnen auch gerne Recht, dass die Anteile der DB AG an Scandlines auch zukünftig durch die Deutsche Bahn gehalten werden, um sämtliche Missstimmigkeiten, die auch zukünftig zwischen den bisherigen Gesellschaftern bestehen und die sicherlich ausgeräumt werden müssen, auf einer vernünftigen Basis im Interesse aller Beteiligten zu klären. In diesem Zusammenhang bitte ich Sie daher, dem Antrag der SPD-Fraktion, der Ihnen vorliegt, zuzustimmen. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und Regine Lück, PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Das Wort hat jetzt die Fraktionsvorsitzende der PDS Frau Gramkow.

Angelika Gramkow, PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wie schon oft in den vergangenen Jahren beschäftigen wir uns heute mit einem Problem, das aus den unterschiedlichen Interessen von Landespolitik einerseits und Bundes- und von Unternehmen gestalteter Politik andererseits herrührt. Die PDS-Fraktion kann gut damit leben, dass sich das Landesparlament mit einer

wichtigen Frage des Landes, die im Landesinteresse liegt, auch auf einer Sondersitzung beschäftigt.

Das Landesinteresse besteht natürlich zuerst darin, dass das Unternehmen im Land gehalten wird und die Arbeitsplätze ebenfalls. Dagegen orientiert sich die Politik von Unternehmen zunächst an betriebswirtschaftlichen Kriterien und auch diese hat man zu berücksichtigen. Der Bund als Anteilseigner eines Unternehmens muss jedoch darüber hinaus, und das muss hier auch klar gesagt werden, seiner gesamtgesellschaftlichen Verantwortung nachkommen und auch Interessen von betroffenen Bundesländern beachten und am Ende auch wahrnehmen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Ich will es Ihnen gerne abnehmen, meine Damen und Herren von der CDU, dass es Ihnen wirklich um die Stärkung der Wirtschaftskraft im Ostseeraum geht und dass Sie tatsächlich daran interessiert sind, dass die Entscheidung der Deutschen Bahn AG beeinflusst werden sollte, ihre Anteile an der Scandlines AG nicht zu verkaufen. Diese Debatte macht aber klar – und vielleicht war sie deshalb auch besonders notwendig –, die Landesregierung führt bereits seit Bekanntwerden der schwierigen Situation intensive Gespräche mit allen Beteiligten. Ziel dieser Gespräche ist es, war es und wird es bleiben, die Arbeitsplätze am Standort Rostock zu sichern und den Firmensitz in Mecklenburg-Vorpommern zu halten.

Die Vergangenheit hat gezeigt, auch im Umgang mit der Deutschen Bahn AG, dass so ein Engagement Not tut, wenn ich mal an die Situation um das Bahnbetriebswerk Neustrelitz oder andere Fragen zur Entwicklung der Bahn AG und der Verkehrspolitik in Mecklenburg-Vorpommern erinnern darf. Deshalb unterstützen wir insbesondere das Engagement der Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU –
Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der PDS – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Tja, Sie können nicht nur die eine Seite haben, meine Damen und Herren von der CDU.

Mit dem möglichen Verkauf der Scandlines-Anteile an Dänemark sind nicht nur die Arbeitsplätze in Rostock und Saßnitz gefährdet. Darüber hinaus würden wir den Betriebssitz verlieren, ich verwies darauf. Und nicht zuletzt geht es auch um die Zukunft von Zulieferbetrieben und die Sicherheit der Verkehrsstandorte. Und hier geht es um Rostock und um Saßnitz.

Die Verlegung des Firmensitzes von Scandlines würde außerdem dem verkehrspolitischen Entwicklungskonzept des Landes zuwiderlaufen, denn danach soll Mecklenburg-Vorpommern zur Drehscheibe im Ostseeraum entwickelt werden. Dazu brauchen wir ein starkes Fahrunternehmen. Wir reden hier von 30 Fährschiffen mit über 16 Routen. Daran kann man ja auch noch mal erinnern. Scandlines ist einer der Leuchttürme in der Wirtschaft unseres Landes

(Wolfgang Riemann, CDU: In der Wüste.)

und das muss und das soll auch so bleiben.

Als PDS-Fraktion fordern wir deshalb die Bahn AG auf, unsere Bedenken ernst zu nehmen und ihre Anteile an diesem gesunden und ertragsstarken Unternehmen nicht abzugeben. Wir fordern, dass die Deutsche Bahn AG ihr

Engagement am Wirtschafts- und Verkehrsstandort Mecklenburg-Vorpommern verstärkt, Arbeitsplätze hier gehalten werden können und der Firmensitz im Land gesichert ist.

Eine letzte Frage an Sie, meine Damen und Herren bei der CDU: Sind Sie bereit, gemeinsam mit uns allen gegen die Fehmarnbeltquerung zu kämpfen, oder was haben wir von der CDU angesichts der Debatte um die A 14 zu erwarten, wenn diese Frage auf der Tagesordnung steht? – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS
und einzelnen Abgeordneten der SPD –
Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Es hat jetzt das Wort der Abgeordnete der CDU-Fraktion Herr Dr. Born.

Dr. Ulrich Born, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Herr Kollege Schulte, im Gegensatz zu Frau Gramkow sind Sie wirklich noch gutgläubig oder, um nicht zu sagen, blauäugig, was diese Landesregierung betrifft.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wenn Sie meinen, dass diese Landesregierung von sich aus sich eines solchen Themas mit dem nötigen Nachdruck annehmen würde, dann rate ich Ihnen, erkundigen Sie sich mal, wie das mit dem Bahnbetriebswerk Neustrelitz aussieht. Wissen Sie, wann es geschlossen wird? Da hat die Landesregierung sich sehr erfolgreich eingesetzt: zum 31.12. des Jahres 2002.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU –
Harry Glawe, CDU: Frau Gramkow hat das
gerade bekräftigt. – Eckhardt Rehberg, CDU:
Ja, so ist das.)

Das Thema Verkehrsinfrastruktur – und darum, das hat Frau Kollegin Gramkow eben auch noch mal hervorgehoben, geht es hier und heute in besonderer Weise – hat den Landtag in der letzten Legislaturperiode etliche Male beschäftigt und beschäftigen müssen. Ich erinnere an die leidenschaftlichen Debatten zum Thema Transrapid, in denen die rot-rote Landesregierung nicht einmal ansatzweise die einzigartige Chance für die Entwicklung unseres Bundeslandes erkannt hat,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Zurufe von Karsten Neumann, PDS,
und Peter Ritter, PDS)

oder an die Auseinandersetzungen um die Stilllegung diverser Interregiostrecken oder aber an die Appelle,

(Angelika Peters, SPD: Weil Sie alle
mit der Bahn fahren, Herr Born!)

die Schließung von Instandsetzungs- beziehungsweise Bahnbetriebswerken durch die Bahn AG zu verhindern.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Was dabei herausgekommen ist, bei dem Handeln der Landesregierung, habe ich eben schon erwähnt.

(Dr. Klaus-Michael Körner, SPD:
BMW und Transrapid noch!)

Nun ist die neue Landesregierung gerade einmal wenige Stunden offiziell im Amt und das Hohe Haus muss einmal mehr alle Hebel in Bewegung setzen, um diese Lan-

desregierung mit allem Nachdruck dazu zu bewegen zu versuchen, nicht erneut in einer für das Land existentiellen Frage die Dinge sich selbst zu überlassen, sondern alle ihr zu Gebote stehenden Möglichkeiten auszuschöpfen, um Schaden vom Land Mecklenburg-Vorpommern abzuwenden. Auch diesmal ist die Landesregierung gefordert zu verhindern, dass einfach über die Köpfe des Landes hinweg im Bund oder bei der Deutschen Bahn AG Entscheidungen zum Nachteil des Landes getroffen werden.

Und, verehrter Herr Wirtschaftsminister Ebnet, Sie haben eben geradezu mit einer frappierenden Offenheit, aber sicherlich unbewusst deutlich gemacht, worin der Unterschied zwischen den jetzt Handelnden besteht und denen, die früher Verantwortung trugen. Sie haben völlig zu Recht dargestellt, dass, solange Herr Ludewig Bahnchef war – Sie haben gesagt, in Klammern CDU –, es keine Probleme gegeben hat. Sondern Sie haben gesagt, die Pattsituation stellt sich als Problem heraus. Nein, verehrter Herr Wirtschaftsminister, die handelnden Personen sind das Problem.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Angelika Gramkow, PDS: Nee,
die Verträge sind das Problem.)

Sie sind nämlich nicht in der Lage und nicht bereit, sich für die deutschen Interessen nachdrücklich einzusetzen. Das ist genau der Unterschied. Eine solche Entwicklung hätte es eben mit Herrn Ludewig nicht gegeben.

(Heiterkeit bei einzelnen
Abgeordneten der SPD und PDS –
Peter Ritter, PDS: Siehe Bahnreform.)

Erneut steht Mecklenburg-Vorpommern vor einem verkehrspolitischen und infrastrukturellen Fiasko, wie es allenfalls vergleichbar mit dem unverantwortlichen Nein der Landesregierung zum Transrapid wäre. Ich sage das, weil trotz Ihrer beschwichtigenden Erklärungen zu befürchten steht, dass die handelnden Akteure auch beim Gegenstand der heutigen Debatte zur Stärkung der Wirtschaftskraft im Ostseeraum erneut die Tragweite der anstehenden Entscheidungen übersehen.

Der Fraktionsvorsitzende der CDU-Landtagsfraktion Eckhardt Rehberg hat vorhin deutlich gemacht, dass die Scandlines AG nicht irgendeine Reederei ist. Sie ist die mit Abstand bedeutendste Reederei im Ostseeraum, eine der größten weltweit. 30 Schiffe, rund 20 Millionen transportierte Passagiere, 3,6 Millionen Autos und 880.000 Lastwagen sind Beleg für die Dimensionen, mit denen wir es hier zu tun haben.

Und auf eins will ich mit aller Deutlichkeit hinweisen: Bei einem Verkauf der deutschen Anteile an das dänische Staatsunternehmen wäre es geradezu abwegig und damit mehr als leichtfertig, sich der Illusion hinzugeben, dass dann der Sitz des Konzerns in Rostock verbleiben würde. Ein zu 100 Prozent dänisches Staatsunternehmen auf deutschem Boden würde aus Sicht des Unternehmens weder betriebswirtschaftlich noch volkswirtschaftlich Sinn machen.

(Vizepräsidentin Renate Holznagel
übernimmt den Vorsitz.)

Neben diesen unmittelbar im bisherigen Rostocker Unternehmensstandort angesiedelten Arbeitsplätzen wäre – und auch darauf hat Herr Rehberg hingewiesen und das ist in der öffentlichen Debatte bisher überhaupt noch nicht

richtig deutlich geworden – noch einmal etwa die gleiche Anzahl von Arbeitsplätzen in unternehmensnahen Dienstleistungsbetrieben in den Bereichen Handwerk, Catering und so weiter betroffen.

Eines der zehn größten Unternehmen im Land würde von der Bildfläche des Landes verschwinden. Diese Gefahr allein würde schon eine parlamentarische Behandlung im Rahmen einer Landtagsondersitzung rechtfertigen. Wenn der Landtag sich nicht mit solchen Problemen auch zu ungewöhnlichen Zeiten befassen will, dann muss man sich allerdings die Frage stellen, ob man dann nicht gleich auf die Einflussnahme des Landtages verzichten will und so, wie es der Kollege Schulte tut, einfach darauf vertraut, dass diese Regierung die Probleme schon irgendwie verwaltet.

Den Abbau der unmittelbar betroffenen Arbeitsplätze in Rostock zu verhindern ist das eine, wozu wir mit unserem Antrag die Landesregierung auffordern. Aber es geht – auch das hat Herr Rehberg bei der Einbringung und Begründung des Antrages deutlich gesagt – darüber hinaus um noch sehr viel mehr. Es geht bei der Frage der Übertragung der Geschäftsanteile der Deutschen Bahn AG um nicht weniger als um eine Entscheidung von europäischer Dimension. Es geht um die Zukunft von Verkehr im zusammenwachsenden Europa.

Wer das verkennet, verspielt leichtfertig die Zukunft einer ganzen Region, nämlich die der strategisch günstigen Küstenregion von Mecklenburg-Vorpommern. Und das, obwohl es doch unser aller Ziel sein müsste – und zumindest haben das ja auch alle heute gesagt, dass es ihr Ziel wäre –, alles daranzusetzen, dass unser Land vom Zusammenwachsen Europas profitieren kann. Was dieser Landesregierung leider entschieden fehlt, ist die Fähigkeit, Visionen zu entwickeln und umzusetzen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Wenn man sich das im Juni diesen Jahres vorgelegte so genannte Verkehrskonzept der Landesregierung vor Augen hält, wird dieser Grundmangel schlaglichtartig deutlich. In der damaligen Debatte habe ich auf die Bedeutung von Verkehrspolitik für die wirtschaftliche Entwicklung hingewiesen und gesagt, dass Verkehrspolitik immer elementarer Bestandteil landespolitischen Handelns sein muss, leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur wirkt wie ein Magnet auf Akteure des wirtschaftlichen Handelns und ist damit Voraussetzung für die Schaffung von Arbeitsplätzen und prosperierenden Wohlstand.

Lesen Sie bitte das so genannte Verkehrskonzept noch einmal nach. Es ist traurig, um nicht zu sagen niederschmetternd genug. Die Vision der Landesregierung – das ist eigentlich viel zu hochtrabend ausgedrückt, in Wahrheit kann von Vision gar keine Rede sein bei dieser Landesregierung –, also das eigentliche Verkehrskonzept dieser Landesregierung ist auf ganzen 1,5 Seiten beschrieben.

(Torsten Koplin, PDS: Sprechen
Sie doch mal zur Sache!)

Sie finden die Vorstellungen dieser Landesregierung zur Verkehrspolitik der Zukunft auf den Seiten 120 beziehungsweise 121 des so genannten Verkehrskonzepts. Um dem zwar völlig unsinnigen, gleichwohl mangels anderer Argumente aber immer wieder erhobenen Vorwurf des

Schlechtredens gleich an dieser Stelle zu begegnen, verehrter Herr Ministerpräsident, erinnere ich Sie hier an die Ausführungen des damaligen verkehrspolitischen Sprechers der SPD-Landtagsfraktion Claus Gerloff, eines über alle Fraktionsgrenzen hinaus geschätzten kompetenten und profunden Verkehrsexperten,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

der kein gutes Haar an diesem Konzept gelassen hat. Ich zitiere mit Genehmigung der Frau Präsidentin.

(Torsten Koplin, PDS: Da hat sie genickt.)

Da sagt Herr Gerloff: „So, auf der letzten und vorletzten Seite – das habe ich genau so gelesen wie Herr Dr. Born – da kommt es endlich: ‚Verkehrspolitik der Zukunft‘. Anderthalb Seiten – aber nicht dass das Verkehrspolitik der Zukunft ist. Da steht nämlich alles noch einmal drin, was bis 2005 ohnehin passiert. Das ist doch schon reale Gegenwart, das ist doch nicht Zukunft! Ja, ich frage mich schließlich: Ist das wirklich dieses integrierte“ ...

(Peter Ritter, PDS: Fällt Ihnen selbst auch noch was ein?! – Volker Schlotmann, SPD: Sie waren auch schon mal besser.)

„Ja, ich frage mich schließlich: Ist das wirklich dieses integrierte, moderne, den Anforderungen der Nachhaltigkeit und der Zukunft entsprechende Verkehrssystem für Mecklenburg-Vorpommern, haben wir es schon im Visier?“ Das geht dann noch so eine ganze Zeit weiter.

(Volker Schlotmann, SPD: Der 22.09. steckt in den Knochen, was?! – Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zurück zu Scandlines.

(Torsten Koplin, PDS: Ja, das ist gut.)

Einer Pressemitteilung vom 30. Oktober war zu entnehmen – und das können Sie im Nachhinein drehen und wenden, wie Sie wollen –, dass der Verkauf der Geschäftsanteile der Deutschen Bahn AG an das dänische Staatsunternehmen eigentlich schon, wie auch von der CDU-Fraktion dargestellt, am 29. Oktober vertraglich vereinbart werden sollte, nunmehr aber nochmals auf Februar verschoben worden ist.

(Volker Schlotmann, SPD: Sie sollten Kaffeesatz lesen!)

Ich kann Sie von dieser Stelle deshalb nur auffordern, sehr verehrter Herr Wirtschaftsminister, die Zeit zu nutzen und in Verhandlungen mit Bund und Bahn eine andere als die momentan immer noch vorgesehene Lösung zu erreichen. Denn schlechter, als es sich derzeit abzeichnet, kann es für Mecklenburg-Vorpommern nicht ausgehen. Lassen Sie nicht erneut, wie bei Ihrer unverantwortlichen Blockadehaltung zum Transrapid, Zukunftschancen dieses Landes verkommen!

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Angelika Gramkow, PDS: BMW nicht vergessen!)

Nachdem Sie leichtfertig unverantwortlich zum Schaden des Landes Mecklenburg-Vorpommern es zugelassen haben, dass einmalige Entwicklungschancen dieses Landes mit Hilfe von deutschen Steuergeldern nach China entschwebt sind,

(Zuruf von Peter Ritter, PDS)

sorgen Sie dafür, dass nicht eine weitere einzigartige Entwicklungschance dieses Landes über die Ostsee hinwegdümpelt!

(Peter Ritter, PDS: Mann, o Mann, o Mann!)

Kommen Sie endlich in die Puschen! Es ist Zeit zum Handeln. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Dr. Born.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu Beginn meiner Amtszeit als erste Vizepräsidentin in der 4. Legislaturperiode möchte ich uns eine gute parlamentarische Zusammenarbeit wünschen entsprechend der Würde dieses Hohen Hauses.

(Beifall bei den Abgeordneten)

Danke schön. Wir fahren dann fort in der Debatte.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Lück von der Fraktion der PDS.

Regine Lück, PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In einem sind wir uns sicherlich alle einig hier: Jeder existenzsichernde Arbeitsplatz ist wichtig für unser Land. Jeder dieser Arbeitsplätze ist wichtig für die Menschen, die hier arbeiten und leben. Darum ist es unsere Aufgabe, um jeden eben dieser Arbeitsplätze für unser Land und unsere Menschen zu streiten.

(Beifall Karsten Neumann, PDS)

Und, dessen bin ich mir gewiss, dieses sieht auch die Regierung unseres Bundeslandes so, die ihren Einfluss in diesem von mir genannten Sinne weiterhin geltend machen wird.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Auch im Fall Scandlines, wie in so vielen davor, geht es darum, den Verlust von Arbeitsplätzen, der durch einen drohenden Verkauf von Firmen oder Firmenanteilen wie ein Damoklesschwert über die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer schwebt, zu verhindern. Es geht aber auch darum, die Einflussnahme auf strukturelle Entscheidungen wie zum Beispiel den Firmensitz, die Lenkung von Verkehrsströmen und damit verbunden auf zukünftige Investitionen zu erhalten.

Damit sind wir bei der Rolle und Verantwortung deutscher Unternehmerinnen und Unternehmer, bei der Verantwortung von Managerinnen und Managern und nicht zuletzt auch bei der Verantwortung des bundesdeutschen Staates und seiner Regierung. Denn die Deutsche Bahn AG als vormaliger so genannter Staatsbetrieb ist als jetzige Aktiengesellschaft immer noch hundert Prozent in Besitz der Bundesrepublik Deutschland. Ein möglicher Verkauf der Anteile an einem Unternehmen wie Scandlines ist aus meiner Sicht – und die stützt sich auf das Grundgesetz der Bundesrepublik – nicht nur Sache des Unternehmens. Im Artikel 14 über Eigentum, Erbrecht und Enteignung, Ziffer 2, heißt es: „Eigentum verpflichtet.“ Die meisten hören nach diesem Satz in der irrigen Annahme auf, dass Eigentum wahrscheinlich zu noch mehr Eigentum verpflichtet. Nein, dem ist nicht so, denn vollständig

lautet die Ziffer 2: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Torsten Koplin, PDS: Hört, hört!)

Ich finde, eine der schönsten und bedeutsamsten Stellen im Grundgesetz der Bundesrepublik. Schade nur, dass sie so wenig bekannt ist. Lassen Sie uns also gemeinsam dafür wirken, dass dieses Ansinnen des Grundgesetzes, dieser Leitgedanke wieder bekannter wird!

Im Übrigen gilt dieser Gedanke natürlich nicht nur für Staatsbetriebe, sondern auch für private Unternehmen. Also, ob privat oder staatlich, es geht um Managementfragen in verantwortlichen Positionen und um gesellschaftliche Verantwortung. An dieser Stelle frage ich mich dann schon, wieso der 50-prozentige Partner an einem gesunden Unternehmen so wenig Interesse daran entwickelt, die Geschicke auch positiv für Deutschland zu gestalten. Die Deutsche Bahn AG ist ja nicht nur zu 50 Prozent Anteilseigner an Scandlines, sondern selber einer der größten Arbeitgeber in Deutschland. Und auch hier ist die Bundesrepublik, sitzt der Staat sozusagen mit im Boot.

Wie weit steht es aber mit der Verantwortung für das Allgemeinwohl? Bei der Wiedervereinigung beider deutscher Staaten 1990 hatte die Bahn circa 500.000 Beschäftigte, mit der Umstrukturierung 1994 waren es noch 368.000 und jetzt sind es noch 212.000. Das sind 2.400 weniger zum Jahresbeginn dieses Jahres 2002 und fast 7.400 zur Mitte des vergangenen Jahres. Und, sind die Züge dadurch pünktlicher geworden? Hat der Service sich verbessert? Sind Bahnreisen preiswerter geworden? Das sind doch die Fragen, die wir stellen müssen. Ziel des Staatswesens kann es wohl nur sein, das Gemeinwohl, also das Leben und das Zusammenleben der Bürgerinnen und Bürger im Gemeinwesen zu ermöglichen und zu sichern. Die Beschäftigten, die Schaffnerin, der Zugbegleiter, sie geben ihr Bestes. Tun das aber auch die Damen und Herren in den Chefetagen des Unternehmens und der Bundesrepublik, also der Bundespolitik?

An dieser Stelle will ich nun auch direkt ein paar Worte an die CDU richten. Wir teilen Ihre Auffassung, dass mit einem möglichen Verkauf der Geschäftsanteile die Gefahr des Verlustes von Arbeitsplätzen in Mecklenburg-Vorpommern besteht und sich dieser Verkauf insgesamt auch negativ auf die wirtschaftliche und strukturelle Entwicklung auswirken könnte. Wie Ihnen aber auch bekannt ist, handelt es sich bei den betreffenden Unternehmensanteilen um solche der Deutschen Bahn AG. Auf deren Entscheidung hat das Land nun überhaupt keinen direkten Einfluss. Unser Einfluss kann also lediglich auf das Formulieren von Appellen und Bitten an die Verantwortungsträger in dieser Entscheidung sich beschränken. Das ist ein Grund, weswegen ich Ihre Forderung nach einer Sondersitzung unseres Landtages für wenig zielführend erachte.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Fragen Sie mal Ihre Fraktionsvorsitzende!)

Dann darf ich Sie an dieser Stelle auch darauf hinweisen, dass es eine schon traditionelle Forderung der CDU ist, dass sich der Staat aus der Wirtschaft heraushalten solle.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das sieht aber Ihre Fraktionsvorsitzende ganz anders mit der Sondersitzung! – Angelika Gramkow, PDS: Das war so und bleibt auch so.)

In diesem akuten Fall erwecken Sie den Eindruck, dass Maßnahmen eines Landes und einer Bundesregierung, in unserem Fall Maßnahmen einer Regierungspartei auf Landesebene, in diese wirtschaftliche Entwicklung eingreifen sollen.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Dies stellt sich für mich schon als ein erklärungsbedürftiger Widerspruch dar.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Peter Ritter, PDS: Die CDU, die Freunde der Eisenbahner.)

Aber zur Wahrheit gehört in diesem Zusammenhang eben auch, dass es Ihre Partei war, die die Privatisierung großer, ehemals staatlicher Unternehmen vorangetrieben hat. Und jetzt versuchen Sie sich als Hüter der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer darzustellen.

(Beifall Karsten Neumann, PDS – Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

Gerade die Politik, die Sie betreiben – zum Beispiel am Freitag im Bundesrat, in dem so genannten Offensivgesetz von Ihrem Herrn Koch –, und die Politik, die Sie zu verantworten haben, will doch die Marktkräfte möglichst ungehemmt, das freie Spiel ermöglichen. Sie haben sich doch von der Verantwortung für das Allgemeinwohl schon, ehrlich gesagt, weit entfernt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS – Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU, und Eckhardt Rehberg, CDU – Unruhe bei Abgeordneten der SPD, CDU und PDS – Harry Glawe, CDU: Karl lässt grüßen! – Glocke der Vizepräsidentin)

Ich bin schon erstaunt über die Atmosphäre hier als Neuling im Landtag, kann Ihnen aber wärmstens empfehlen Schulz von Thun, Kommunikation. Lesen Sie mal, aktives Zuhören!

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Volker Schlotmann, SPD: Damit haben sie Schwierigkeiten, lass mal! – Glocke der Vizepräsidentin)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Meine Damen und Herren Abgeordneten!

Regine Lück, PDS: Aber zurück zur Verantwortung der Entscheidungsträger im Bund und im Unternehmen und zurück zu politischen Lösungen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Wir sind doch sehr aktiv dabei.)

Die Bundesregierung hat sich in ihrem Koalitionsvertrag dazu verpflichtet, Arbeitsplätze zu schaffen, Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und abzubauen,

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

eine Offensive für Wachstum und Beschäftigung und eine Mittelstandsinitiative zu initiieren.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Das merken wir jeden Tag. Jeden Tag merken wir das. – Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Das alles schließt auch die Sicherung bestehender Arbeitsplätze ein.

(Heiterkeit und Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Im Kapitel „Aufbau Ost“ heißt es: „... Ziel ist es, weiterhin und vermehrt zukunftssichere Arbeitsplätze zu schaffen“. Der Punkt 2.3 des Vertrages lautet: Der Güterverkehr auf der Schiene soll bis 2015 verdoppelt werden.

(Dr. Ulrich Born, CDU: So funktionierte das in der Planwirtschaft nicht mal.)

Die Hinterlandanbindung deutscher Häfen soll verbessert und zur Verkehrsminderung und -verlagerung sollen geeignete Maßnahmen ergriffen werden. Der Öffnung und Erschließung neuer Auslandsmärkte und der EU-Osterweiterung wird im Punkt 2.4 besondere Bedeutung beigemessen.

Dieses alles berührt auch unsere heutige Thematik. Natürlich muss sich auch die Bahn als Unternehmen weiterentwickeln, aber aus meiner und unserer Sicht immer in Richtung öffentlicher Daseinsvorsorge. Nur dann gelangen wir auch zu den notwendigen Schlussfolgerungen und die liegen nicht in einer immer größeren Anhäufung und Vernichtung von Kapital, sondern darin, einen zukunftsfähigen Staat zu entwickeln, der nicht auf Kosten der Schwächsten und Ärmsten der Gesellschaft sich saniert.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU und Karsten Neumann, PDS)

Wer davon ausgeht, dass eine Besteuerung von Gewinnen und Vermögen eine Bestrafung ist und nicht ein Beitrag zu eben jener notwendigen Daseinsvorsorge, der hat nach meiner Auffassung eine vollkommen falsche Vorstellung von einem funktionierenden und auch gesunden Gemeinwesen,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

in dem nämlich jedes Glied seinen Beitrag leisten muss, den es zu leisten in der Lage ist, und zwar nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU und PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Frau Abgeordnete, entschuldigen Sie bitte mal. Meine Herren und Damen Abgeordneten, ich bitte doch um mehr Aufmerksamkeit. Lassen Sie die Rednerin ausreden!

(Lorenz Caffier, CDU: Sie hat Kommunikation verlangt. Wir kommunizieren. – Torsten Renz, CDU: Dann muss sie aber auch zum Thema sprechen.)

Regine Lück, PDS: Politische Handlungsfähigkeit und damit Handlungen im Interesse des Gemeinwohls, das sei zum Schluss noch angemerkt, erreicht man durch eine sozial gerechte,

(Lorenz Caffier, CDU: Parteilehrjahr war vor zwölf Jahren zu Ende.)

zukunftorientierte Steuer-, Haushalts-, Finanz- und Geldpolitik und dadurch, dass wir uns immer wieder ins Gedächtnis rufen, wen wir hier zu welchem Zwecke vertreten dürfen.

(Harry Glawe, CDU: Denn man tau! – Wolfgang Riemann, CDU: Wenn SPD und PDS Stellen streichen an den Universitäten, dann erreichen wir was. – Gabriele Schulz, PDS: Herr Riemann, seien Sie mal ruhig! – Glocke der Vizepräsidentin)

Ich appelliere an die Bundesregierung und an deren Vertreter, ihre Verantwortung für den Erhalt der Arbeitsplätze bei Scandlines wahrzunehmen. Und Sie, meine Damen und Herren von der CDU, fordere ich auf, den vorliegenden Antrag der SPD und der PDS zu unterstützen,

(Dr. Ulrich Born, CDU, und Dr. Armin Jäger, CDU: Das bringt doch nichts!)

wenn Sie es denn ehrlich meinen mit Ihrem Engagement. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Frau Lück.

Es liegen mir keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/18 abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/18 mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der PDS bei Zustimmung der Fraktion der CDU abgelehnt.

Ich lasse nun über den Antrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 4/20 abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 4/20 mit den Stimmen der Fraktion der SPD und den Stimmen der Fraktion der PDS bei Gegenstimmen der Fraktion der CDU angenommen.

Meine Damen und Herren, wir sind damit schon am Schluss der heutigen Tagesordnung. Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages auf Mittwoch, den 11. Dezember 2002, um 10.00 Uhr ein. Damit ist die Sitzung geschlossen.

Schluss: 15.02 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Gesine Skrzepski, Udo Timm und Angelika Volland.